

FDP-Fraktion desavouiert Parteispitze bei Umweltthema

Freisinnige wollen nun doch keinen Gegenvorschlag zur Trinkwasser-Initiative

FDP-Präsidentin Petra Gössi und Fraktionschef Beat Walti wollten mit verbindlichen Massnahmen die Pestizidbelastung senken. Doch die Mehrheit der FDP-Nationalräte verweigert die Gefolgschaft. Damit ist ein Gegenvorschlag chancenlos.

CHRISTOF FORSTER, BERN

Noch Ende Mai haben die FDP-Nationalräte in der Wirtschaftskommission (WAK) einem indirekten Gegenvorschlag zu den beiden Pestizid-Initiativen zugestimmt. Sie reagierten damit wohl auch auf die Umwelt- und Klima-Umfrage der FDP-Basis, bei der sich eine Mehrheit für ein Verbot von Pestiziden in der Lebensmittelproduktion aussprach. Im neuen Positionspapier schreibt die Parteileitung, die Risiken beim Einsatz von Düngern und Pestiziden müssten reduziert werden. Deshalb solle unter anderem der Aktionsplan Pflanzenschutz des Bundes verpflichtend umgesetzt werden. Am 22. Juni werden die FDP-Delegierten über die definitive Fassung des Papiers entscheiden. Inzwischen hat sich jedoch die FDP-Fraktion dagegen ausgesprochen, den Aktionsplan verbindlich zu erklären. Sie hat am Dienstag einen Gegenvorschlag zu den Initiativen, der dies beabsichtigt, abgelehnt. Die Pestizid-Initiative will ein Verbot dieser Chemikalien in der Schweiz. Zudem will sie den Import von Lebensmit-

teln untersagen, die synthetische Pestizide enthalten oder mit deren Hilfe hergestellt worden sind. Die Trinkwasser-Initiative verlangt, dass nur noch Bauernbetriebe Subventionen erhalten, die keine Pestizide einsetzen und in der Tierhaltung ohne prophylaktische Antibiotika auskommen.

Die beiden Initiativen gehen vielen Parlamentariern zu weit. Eine Allianz aus Vertretern von SP, Grünen und

Anzeiger». Er habe den Eindruck, «dass Teile der Landwirtschaft das Problem auf die lange Bank schieben wollen». Der Antrag scheiterte knapp mit 13 zu 12 Stimmen – am Widerstand von CVP, SVP und BDP.

Nach der Niederlage in der Kommission setzen die Befürworter eines Gegenvorschlags auf Abwechslung in der CVP, die ihnen im Nationalrat zu einer Mehrheit verhelfen könnten. Die grosse Kammer wird nächste Woche das Geschäft beraten. Doch mit dem Nein der FDP-Fraktion im Verhältnis von zwei Dritteln zu einem Drittel ist ein Gegenvorschlag praktisch chancenlos geworden. Von der CVP ist nach gegenwärtigem Stand höchstens mit fünf Stimmen zu rechnen. Bauernpräsident und CVP-Nationalrat Markus Ritter schafft es meist, die CVP-Fraktion bei landwirtschaftlichen Geschäften auf seine Linie zu bringen. Ritter lehnt den Gegenvorschlag ab.



Petra Gössi
FDP-Präsidentin

Beat Walti
FDP-Nationalrat

GLP hat sich deshalb für einen indirekten Gegenvorschlag starkgemacht. Dieser sieht vor, den vom Bundesrat 2017 verabschiedeten Aktionsplan Pflanzenschutzmittel durch Gesetzesanpassungen verbindlich zu machen. Die Allianz konnte dafür auch die fünf FPD-Mitglieder der WAK, darunter FDP-Präsidentin Petra Gössi und Fraktionspräsident Beat Walti, gewinnen. Sie unterstützten den Gegenvorschlag unisono. «Nur verbindliche Massnahmen können die Pestizidbelastung in der Schweiz spürbar senken», sagte Walti Ende Mai dem «Tages-

Was ist in der FDP passiert? Noch vergangene Woche rechnete Walti damit, dass zwei Drittel der Fraktion den Gegenvorschlag unterstützen. Dessen Erarbeitung würde zu einer einjährigen Unsicherheit führen und die Umsetzung des Aktionsplans in der Zwischenzeit erschweren, sagt FDP-Nationalrat Olivier Feller, der für das Geschäft zuständig ist. Die Mehrheit will das Thema im Rahmen der Agrarpolitik 22+ behandeln. Eine Rolle gespielt haben offenbar auch parteitaktische Überlegungen, wie es aus der Fraktion heisst. Man wollte den Grünliberalen im Wahljahr keine Bühne zur Profilierung geben.

AUS DER SESSION



Glarners Eskapade ist kein Thema in der SVP-Fraktion

fab. · Die SVP-Fraktion hat sich an ihrer Sitzung am Dienstag im Bundeshaus nicht mit den ausserparlamentarischen Aktivitäten ihres Nationalrats Andreas Glarner beschäftigt. Dies liess die Partei nach der Sitzung verlauten. Weder Parteipräsident Albert Rösti noch Fraktionschef Thomas Aeschi wollten auf Nachfrage auf das Thema eingehen. SVP-Asylchef Glarner hatte auf Facebook eine Lehrerin namentlich angeprangert und ihre Handynummer veröffentlicht; am Wochenende hat er sich dafür entschuldigt. Die betroffene Schulpflege und die Lehrerin wollen ihn anzeigen.

12,9 Milliarden Franken für den Bahnausbau

(sda) · Das Parlament will in den nächsten Jahren 12,89 Milliarden Franken für den Ausbau der Bahninfrastruktur ausgeben. Der Ständerat hat am Dienstag die Differenzen zum Ausbauschnitt 2035 ausgeräumt. Offen war noch, ob auch die Bahnhöfe Winterthur Grütze Nord und Thun Nord finanziert werden sollen. Der Nationalrat hatte die beiden Projekte vergangene Woche mit grosser Mehrheit in die Vorlage aufgenommen. Die Zusatzkosten belaufen sich auf 69 Millionen Franken. Der Ständerat schloss sich oppositionslos an. Beide Projekte sind

eigentlich unbestritten, gelten jedoch als verfrüht. Angesichts des relativ geringen Betrags handle es sich aber um «lässliche Sünden», sagte Kommissionssprecher Claude Janiak (Basel-Landschaft, sp.).

380 Millionen Franken für den Standort Schweiz

(sda) · Der Nationalrat will die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft fördern. Er hat am Dienstag für die Standortförderung 2020–2023 insgesamt 380,3 Millionen Franken gesprochen. Profitieren sollen der Tourismus, die KMU und die Exportwirtschaft. Dabei war die grosse Kammer grosszügiger als der Bundesrat. Der Rat erhöhte den Betrag für die Agentur Innotour, welche die Innovation, die Zusammenarbeit und den Wissensaufbau im Tourismus fördert. Eine Erhöhung des Kredits für Schweiz Tourismus hingegen fand keine Mehrheit.

Auch Ständerat will Schutz des Wolfs stark lockern

(sda) · Der Wolfsschutz soll gelockert werden. Das will das Parlament. Der Ständerat hat sich am Dienstag im unstrittensten Punkt dem Nationalrat angeschlossen. Dank der Schutz gelockert werden soll, hatten die Räte bereits vorher entschieden: Die Behörden sollen Tiere künftig zum Abschuss freigeben dürfen, bevor Schaden entstanden ist. Umstritten waren aber noch die Bedingungen. Der Bundesrat wollte die Abschüsse nur dann zulassen, wenn grosser Schaden droht und wenn dieser nicht mit zumutbaren Massnahmen verhütet werden kann. Das Parlament hat nun aber beschlossen, eine Dezimierung des Wolfsbestandes bei jedem drohenden Schaden zu ermöglichen – und selbst dann, wenn keine Herdenschutzmassnahmen ergriffen wurden. Der Entscheid fiel mit 25 zu 16 Stimmen.

Jungfreisinnige sind empört wegen des Frauenstreiks

Badener Kantonsschülerinnen erhalten Streikaufruf über den offiziellen Mailverteiler

SIMON HEHLI

«Wir müssen weiterkämpfen!» Das steht in einer Mail, die vergangene Woche alle Schülerinnen und Schüler der Kantonsschule Baden über den offiziellen Verteiler für Rundmails bekommen haben. Eine Schülerin fordert darin ihre Kolleginnen und Kollegen auf, am Freitag ein Kleidungsstück in Lila oder Violett zu tragen und am nationalen Frauenstreik mitzumachen. Auch wer sich nicht Feminist oder Feministin nenne, könne sich für gerechte Löhne interessieren, betont sie. In der Mediothek gibt es am Freitag Auführungen der Filme «Die göttliche Ordnung» und «Female Pleasure». Um 15 Uhr 50 versammeln sich die Streikenden, um gemeinsam zur Demo in Aarau zu fahren. Einer Gruppe sind diese Aktionen in den falschen Hals geraten: Die Aargauer Jungfreisinnigen empören sich in einem offenen Brief an den kantonalen Bildungsdirektor Alex Hürzeler und schreiben, die politische Neutralität der Schulen sei gefährdet. Unter anderem deshalb, weil die Schüler in der Mail aufgefordert werden, die Lehrpersonen ebenfalls zum Mitmachen zu animieren – denn wenn die ganze Klasse beim Streik

mitmacht, muss niemand einen freien «O-Tag» dafür opfern. Davon haben die Aargauer Schüler zwei pro Schuljahr zur Verfügung.

Mühe haben die Nachwuchsliberalen auch mit der Tatsache, dass manche Aktivitäten in den Schulräumlichkeiten stattfinden werden. Sie schreiben deshalben an SVP-Regierungsrat Hürzeler: «Jene Schüler, welche am Frauenstreik eigentlich nicht teilnehmen wollen, werden durch diese Kooperation der Frau- oder Feministinnen, welche am Frauenstreik unterstützen, mit der Schulleitung der Kantonsschule Baden also faktisch auch dazu gezwungen, als «Social Event» am Frauenstreik teilzunehmen.»

Zudem werde in der Mail implizit zur Identifikation mit einem Manifest aufgerufen, welches teilweise einen Inhalt mit «äusserster politischer Sprengkraft» besitze, monieren die Jungfreisinnigen. Das Papier enthalte die Forderung nach einer substanziellen Erhöhung der AHV, nach einer Frauenquote für Parteien oder einem einmonatigen Vaterschaftsurlaub. «All dies wird durch die Schulleitung offenbar nicht nur goutiert, sondern auch noch aktiv unterstützt», schreiben die Kritiker. Sie bemängeln, dass es sich nicht um einen Einzelfall handle. So habe die

Berufsschule Aarau die Weisung erlassen, am Freitag zwischen 10 und 12 Uhr keine Prüfungen abzuhalten, weil ein Teil der Schülerschaft streiken wolle.

Der Rektor der Kanti Baden, Daniel Franz, sagt auf Anfrage der NZZ, die Vorwürfe der Jungfreisinnigen hätten ihn völlig überrascht. Nur weil die Schulleitung bewilligt habe, dass Lehrerinnen und Schülerinnen ein Programm zum Frauenstreik auf die Beine stellten, heisse das nicht, dass sie dadurch ein politisches Statement abgebe. «Wir sind jedoch überzeugt, dass gesellschaftspolitisch relevante Themen an einer Kantonsschule Platz haben müssen, und möchten dafür auf pragmatische Art einen angemessenen Rahmen schaffen.»

Er sei nicht informiert gewesen, dass die Mail der Schülerin über den offiziellen Verteiler verschickt werden sollte, betont Franz, er findet das Vorgehen auch nicht problematisch. Das passiere oft, wenn jemand ein Anliegen habe, das die ganze Schülerschaft betreffe. «Und die Schülerin macht in ihrer Mail ja nur auf einen schulischen Anlass aufmerksam.» Das Aargauer Bildungsdepartement stellt sich in einem Communiqué hinter die Schulleitung.

Gesundheitskosten auf 82,5 Milliarden gestiegen

Ausgaben wachsen 2017 etwas abgeschwächt

(sda) · Die Gesamtausgaben für das Gesundheitswesen steigen weiter: 2017 wurden pro Einwohner im Monat 814 Franken dafür aufgewendet. Das sind 2,6 Prozent mehr als im Jahr davor. Im Fünfjahresvergleich liegt der Anstieg der Gesundheitsausgaben aber leicht unter dem Schnitt. In den letzten fünf Jahren stiegen die Kosten durchschnittlich um 3,4 Prozent jährlich auf 82,5 Milliarden Franken im Jahr 2017, wie provisorische Zahlen des Bundesamts für Statistik zeigen. Über ein Viertel der Gesamtkosten wurde für ambulante Behandlungen ausgegeben, nämlich 26,5 Prozent oder 216 Franken pro Einwohner und Monat. Knapp jeder fünfte Franken – 19,3 Prozent oder 157 Franken pro Person – floss in die Langzeitpflege und noch einmal so viel in die stationäre Kurativbehandlung, sprich in Spitalaufenthalte.

Von den 2,6 Prozent Mehrausgaben in Gesamthöhe von 2,1 Milliarden Franken entfielen 0,7 Milliarden auf Arztpraxen und 0,6 Milliarden auf Spitäler. Sozialmedizinische Einrichtungen und ambulante Leistungserbringer schlugen um je 0,3 Milliarden Franken auf. Deutlicher wird das Bild im Fünfjahrestrend. Die Erhöhung der Spital-

kosten lag mit 3,5 Prozent im Fünfjahresschnitt, der Detailhandel verteuerte sich mit 1,8 Prozent unterdurchschnittlich. Besuche beim Arzt stiegen leicht überdurchschnittlich um 4,3 Prozent. Sehr viel Mehrkosten verursachten «andere ambulante Leistungserbringer» wie Physiotherapeuten und «unterstützende Dienstleister» wie Labore und Rettung mit 8 beziehungsweise 8,7 Prozent.

Der durchschnittliche Einwohner dürfte den Anstieg der Gesundheitskosten kaum bemerkt haben. Denn von 814 Franken im Monat entfielen auf ihn 233 Franken Direktkosten zusätzlich zu den Versicherungsprämien und Steuern. Das ist nur ein Franken mehr als 2016.

292 Franken pro Person und Monat übernahm die obligatorische Krankenversicherung, 147 zahlte der Staat. 50 Franken wurden durch Sozialversicherungen wie AHV, IV und die Unfallversicherung gedeckt, 29 Franken durch andere Träger der sozialen Sicherheit und bedarfsabhängige Sozialleistungen sowie 53 Franken durch Zusatzversicherungen. Das Verhältnis der Gesundheitsausgaben zum Bruttoinlandsprodukt lag bei 12,3 Prozent. Im OECD-Raum erreichen nur die USA einen höheren Wert.

Die FDP startet in den Wahlkampf – die Stadtpartei macht sich Gedanken zur Zukunft Zürichs SEITE 18

Für Steuerzwecke muss eine Patenschaft nicht mehr zwingend kirchlich erfasst werden SEITE 19

«Männer sind tolle Wesen – wir dürfen stolz auf uns sein»

Das Zürcher Mannebüro berät seit dreissig Jahren Männer mit Gewalt- und Sexproblemen. Dessen Leiter Mike Mottl sieht die Zürcher Institution als direkte Folge des Feminismus. Das Gespräch führte Michael von Ledebur

Herr Mottl, ist der Mann eine Fehlkonstruktion? Selbstverständlich ist er das nicht.

Zu diesem Schluss könnte man aber gelangen. Die Rede von der toxischen Männlichkeit ist en vogue. Demnach schaden Männer, die gewissen Rollenbildern folgen, sich selbst und ihrer Umwelt. Argumentiert wird mit der höheren Zahl von Suiziden oder Gewaltverbrechen, die Männer sehr viel öfter begehen als Frauen.

Ich mag den Begriff der toxischen Männlichkeit nicht, aber es gibt tatsächlich schädliche Verhaltensweisen, die vornehmlich Männer betreffen. Dogmatische Geschlechterstereotype und enge Rollenklischees können behindernd und gefährlich sein. Im Mannebüro ist es gerade Teil unserer Aufgabe, daran zu arbeiten. Aber eine Fehlkonstruktion ist der Mann deshalb auf keinen Fall. Wir Menschen sind eine wunderbare Spezies, und Männer sind tolle Wesen. Wir dürfen stolz auf uns sein.

«Den Mann in sich töten», stand auf einem Transparent, das bei der Stedlung Kalkbreite hing. Forderungen dürfen provokativ formuliert sein. Dennoch: Ich finde diese Formulierung ... lassen Sie mich nach der richtigen Formulierung suchen ... doof. Wir werden zufällig in eines von zwei Geschlechtern hineingeboren, hineinerzogen und entwickeln uns individuell, selbstverständlich geprägt von der eigenen Sozialisation, von Rollenbildern, auch von patriarchalischen. Das gilt für Männer wie Frauen. Es gibt Männer und Frauen, die offen sind für Veränderungen, und Männer und Frauen, die es nicht sind. Unser Büro ist vor dreissig Jahren aus der Motivation der Gleichberechtigung heraus entstanden.

Das Mannebüro wurde mit feministischem Anspruch gegründet?

Es wurde natürlich von Männern gegründet, aber von Männern im Umfeld der Sozialarbeit, die sich im Rahmen der Gleichstellungsdebatte fragten: Was können wir tun? Häusliche Gewalt ist eine Form der Gewalt, die die Geschlechter radikal trennt. Insofern war das Mannebüro eine direkte Folge des Feminismus und verstand sich immer auch als Partnerstelle für Fachfrauen.

Unterstützen Sie die Forderungen des Frauenstreiks nach Gleichberechtigung? Selbstverständlich, ich finde ihn wichtig und richtig. Alle Ungerechtigkeiten, auch jene, die durch unsere Sozialisation geprägt sind, gilt es zu überwinden.

Von «toxischer Männlichkeit» spricht man noch nicht so lange. Spüren Sie, dass sich der Blick auf Männer verändert hat?

Die Aufmerksamkeit in den Medien hat sich verändert. #MeToo-Phänomene sind nichts Neues. In der Fachwelt sind das schon länger Themen. Auch unsere Arbeit hat sich nicht wesentlich verändert. Die Probleme der Männer sind noch immer dieselben wie vor einigen Jahren. Es hat aber wohl die #MeToo-Bewegung gebracht. Vielen Männern ist erst jetzt klargeworden, in welchem Ausmass Übergriffe gegen Frauen stattfinden.

Zu Ihnen kommen Männer, die Beziehungsprobleme haben, meist Gewaltprobleme. Ist es Ihr Ziel, ein problema-



«Die meisten kommen nicht freiwillig zu uns», sagt Mike Mottl.

ANNICK RAMM / NZZ

Das Mannebüro wurde mit feministischem Anspruch gegründet?

Es wurde natürlich von Männern gegründet, aber von Männern im Umfeld der Sozialarbeit, die sich im Rahmen der Gleichstellungsdebatte fragten: Was können wir tun? Häusliche Gewalt ist eine Form der Gewalt, die die Geschlechter radikal trennt. Insofern war das Mannebüro eine direkte Folge des Feminismus und verstand sich immer auch als Partnerstelle für Fachfrauen.

Unterstützen Sie die Forderungen des Frauenstreiks nach Gleichberechtigung? Selbstverständlich, ich finde ihn wichtig und richtig. Alle Ungerechtigkeiten, auch jene, die durch unsere Sozialisation geprägt sind, gilt es zu überwinden.

Von «toxischer Männlichkeit» spricht man noch nicht so lange. Spüren Sie, dass sich der Blick auf Männer verändert hat?

Die Aufmerksamkeit in den Medien hat sich verändert. #MeToo-Phänomene sind nichts Neues. In der Fachwelt sind das schon länger Themen. Auch unsere Arbeit hat sich nicht wesentlich verändert. Die Probleme der Männer sind noch immer dieselben wie vor einigen Jahren. Es hat aber wohl die #MeToo-Bewegung gebracht. Vielen Männern ist erst jetzt klargeworden, in welchem Ausmass Übergriffe gegen Frauen stattfinden.

Zu Ihnen kommen Männer, die Beziehungsprobleme haben, meist Gewaltprobleme. Ist es Ihr Ziel, ein problema-

Deshalb ist es enorm wichtig, wie man hier ankommt. Bei uns gibt es kein Wartezimmer, sondern man trinkt zunächst einen Kaffee zusammen. Es ist wichtig, dass sich die Männer wohl fühlen, wenn sie sich, vielleicht nach einem halben Jahr des Zauderns, zu uns trauen. Unsere Berater haben gute Ausbildungen und einiges an Lebenserfahrung. Trotzdem hängt ein Grossteil unseres Beratungserfolgs vom Start ab. Ob sich der Mann darauf einlassen will oder nicht, entscheidet sich sehr schnell.

«Unser Ziel ist, dass jemand am Ende der Beratung keine Gewalt ausübt.»

Es gibt Migrantengruppen, bei denen häusliche Gewalt überdurchschnittlich oft vorkommt, beispielsweise bei Tamilen. Erreichen Sie jene Bevölkerungsgruppen, die eine Beratung nötig hätten?

Heute weiss man, dass Gewalt nicht nur von den Männern ausgeht. Wenn wir nicht nur von physischer Gewalt, Wir haben ein Defizit bei den Migrantinnen und Frauen deutlich auf. Freiwillig kommen die meisten ja auch nicht zu uns. Sie machen den Schritt meist dann, wenn die Partnerin sagt: Entweder du kommst dich in den Griff – oder ich verlasse dich.

Der erste Schritt dürfte für viele schwierig sein.

ner aus anderen Kulturkreisen ist es viel schwieriger, sich auf eine längere Beratung einzulassen.

Kann man von Macho-Kulturen sprechen?

Das ist ein Aspekt – aber nur eine unter vielen. Unser Ziel ist, dass jemand am Ende der Beratung keine Gewalt ausübt. Dazu gehört die Auseinandersetzung mit dem eigenen Rollenbild. Wenn aber ein Mann eine andere Vorstellung von Familie hat, müssen wir ihm nicht die westeuropäische Art aufdrängen. Wir respektieren seine Herkunft und seine Eigenart. Es muss ja nicht heissen, dass er seine Frau deshalb schlecht behandelt. Wir fokussieren auf das Verhindern von häuslicher Gewalt – und das unterstützen auch die allermeisten Männer einer traditionsgebundeneren Herkunft.

Ein Drittel der 1300 Beratungen, die Sie jährlich machen, entfällt auf Personen, die aus polizeilichen Gründen zu Ihnen kommen: Leute, gegen die die Polizei nach einem Vorfall ein zeitlich begrenztes Kontaktverbot ausspricht. Sie machen die sogenannte «Gefährder-Ansprache». Wie offen ist diese Personengruppe für Ihr Angebot?

Etwa ein Drittel der Männer macht davon Gebrauch. Oft sind das Männer, die ein bürgerliches Leben leben und sich noch nie etwas zuschulden haben kommen lassen. Nun haben sie eine oder zwei Nächte im Gefängnis hinter sich. Das ist oft ein heftiger Schock. Im Gespräch fliessen viele Tränen. Die Ehe liegt in Trümmern, ihre Kinder dürfen diese Männer vorerst nicht mehr sehen. Es geht auch um Suizidprävention.

Diese Krisenberatungen sind auf wenige Sitzungen angelegt. Wie viel können Sie bewirken?

Eine Intervention der Polizei schockiert die meisten der Betroffenen. Viele Männer sagen nach den Beratungen, dass dieser erzwungene Unterbruch der Paardynamik ein heilsamer Schuss vor den Bug gewesen sei. Bei einem Grossteil von ihnen kann man deshalb davon ausgehen, dass sich die Gewalt nicht wiederholt. Den Schlamassel in der Ehe können wir allerdings nicht so rasch lösen. Aber nur schon das Zuhören bringt enorm viel. Am Anfang sind viele Männer in der Opferrolle. Sie fluchen und sagen: Wie konnte sie das nur tun, wie konnte sie die Polizei rufen? Sie finden es gemein und brutal, wie sie behandelt wurden. Das muss man respektieren. Man muss würdigen, dass es diesem Mann schlechtgeht, dass er sich «auskotzen» muss. In einer zweiten Phase allerdings geht es darum, dass er für sein Tun Verantwortung übernimmt.

Täter beraten

mvl. · Mitten in Langstrassenmilieu, an der Hohlstrasse 36, befindet sich die schweizerweit führende Täterberatungsstelle, das Mannebüro Züri. Das Angebot gibt es seit dreissig Jahren, was die Non-Profit-Organisation kürzlich mit einem Festakt gefeiert hat. 2018 wurden die vier Berater 1330 Mal konsultiert. 2005 lag diese Zahl noch bei unter 500. Das Mannebüro finanziert sich über Spenden sowie über Beratungen im Auftrag der Kantonspolizei. Seit fünf Jahren wird das Mannebüro von Mike Mottl geführt. Der 52-jährige Stadtzürcher arbeitet 26 Jahre lang in der Jugendarbeit, unter anderem als Schulsozialarbeiter, und hat einen Fachhochschulabschluss in sozialer Arbeit sowie einen Master in psychosozialen Management.